

Änderungsantrag Kapitel 7 – Verkehr

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: kostenloses Schülerticket

Position: Seite 11

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 11 – Zeile 3 nach „[...]Halbierung der Fahrpreise für alle.“ Einfügen:

„Für Schülerinnen und Schüler benötigen wir ein kostenloses Schülerticket, das innerhalb der Stadt Frankfurt jederzeit gültig ist, an Wochenenden und in den Ferien in ganz Hessen.“

Begründung:

Das kostenlose Schülerticket war eine der zentralen Forderungen der Bildungstreiks. Schüler_innen müssen unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern die Möglichkeit haben am kulturellen Leben teilzunehmen.

Die Forderung eines kostenlosen Schülertickets ist Beschlusslage des Kreisverbandes.

Weitere Begründung, sofern notwendig, mündlich.

Änderungsantrag Kapitel 7 – Verkehr

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: City-Maut / Umweltzone

Position: Seite 11

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 11 – Zeile 19-32 ersatzlos streichen

Begründung:

Umweltpolitik darf nicht zu Lasten der Menschen mit wenig Geld betrieben werden. Wir sollten hierzu eigene Konzepte und ein eigens Profil entwickeln und nicht versuchen den Politikstil der Grünen zu imitieren.

Die Politik der Linken sollte als Markenzeichen haben neu, kreativ und außerhalb bestehender Logiken von anderen Parteien, ökologisch aber eben auch sozial, zu sein. Das erreichen wir nicht mit einer City-Maut oder der Umweltzone, die wieder zu Lasten derer geht die jeden Cent umdrehen müssen. Individualverkehr nur für Reiche wäre die Folge.

Auch die mit der City-Maut einhergehende verstärkte Überwachung lehnen wir ab.

Alternativen wären z.B die Bahn attraktiver zu machen, die Fahrpreise zu senken und Wohnraum in der Nähe des Arbeitsplatzes bezahlbar zu machen.

Änderungsantrag Kapitel 8 – Energieversorgung, Umwelt- und Klimaschutz

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Tempolimit innerstädtisch

Position: Seite 13

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 13 – Zeile 32 „[...]sowie 30 km/h auf innerstädtischen Straßen.“ ersatzlos streichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Änderungsantrag Kapitel 9 – Wohnen

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Barrierefreiheit

Position: Seite 18

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 18 – Zeile 97 nach „[...]nicht erhöhen darf.“ ersetzen durch:

„[...]nicht erhöhen und die Zugänglichkeit nicht verändern darf.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 10 – Soziales und Gesundheit

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Barrierefreiheit

Position: Seite 19

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 19 – Zeile 22-24 ersetzen durch:

„Wir wollen eine Erweiterung der integrativen und inklusiven Angebote und Grundlegende Veränderung nach dem Grundprinzip der Validation im Umgang mit Menschen die dement sind.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 10 – Soziales und Gesundheit

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Barrierefreiheit

Position: Seite 20

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 20 – Zeile 50-52 ersetzen durch:

„Projekte und Vereine für selbstbestimmtes Leben von Menschen die pflegeabhängig sind, sind zu fördern und unterstützen. Der Umbau von Barrierefreien Wohnungen muss vereinfacht werden und Wohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser in urbaner Lage sind zu fördern.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 10 – Soziales und Gesundheit

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Pflege / Barrierefreiheit

Position: Seite 20

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 20 – Zeile 77-79 ersetzen durch:

„Die Ambulante Hospizbetreuung muss ausgebaut und gefördert werden. Eine Gesellschaft in der Menschen zum sterben in Hospize geschickt werden grenzt Menschen in einer Phase wo sie in vertrauter Umgebung sein sollten und die Möglichkeit für einen Würdevollen Tot haben sollten aus.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 10 – Soziales und Gesundheit

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Gesundheit

Position: Seite 20

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 20 – Zeile 84-86 ersetzen durch:

„Für Menschen, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt, muss die Stadt durch einen Gesundheitsfond die kostenlose Gesundheitsversorgung sicherstellen.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 11 – Frauen und Gleichstellung

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Gleichstellung

Position: Seite 22

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 22 – Zeile 33 „[...]die Frauen[...]“ ersetzen durch „[...]die Menschen in[...]“

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 12 – Drogenpolitik

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Auswirkung legaler Drogen

Position: Seite 23

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 23 – Zeile 11-15 ersatzlos streichen

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 13 – Migration und Integration

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Redaktionell Doppelung

Position: Seite 25

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Seite 25 – Zeile 50-54 ersatzlos streichen.

Begründung:

Der Passus ist bereits in der Einleitung auf Seite 4, Zeile 25-31, vorhanden.

Änderungsantrag Kapitel 14 – Queer

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: LGBT⁺

Position: Seite 26

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

In der Einleitung des Kapitels genau definieren welche Gruppierungen gemeint sind, und im Verlauf die zusammenfassende Abkürzung LGBT⁺ anstelle der unvollständigen Nennung „Schwule und Lesben“ verwenden.

Begründung:

erfolgt mündlich

Änderungsantrag Kapitel 16 – Bildung

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Positionierung der Bildungsthematik

Position: Seite 30

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen, dass das Thema Bildung im Kommunalwahlprogramm an exponierter Stelle – sprich: unter den ersten fünf Programmpunkten – aufgeführt wird.

Begründung:

Im vorliegenden Entwurf des Kommunalwahlprogramms wird der Bildungspolitik erst am Ende Raum eingeräumt. Wir wollen diesen Umstand nicht als politische Schwerpunktsetzung zugunsten anderer Themenfelder missdeuten, weisen aber daraufhin, dass bei potenziellen Wählerinnen und Wählern der Eindruck aufkommen könnte, bildungspolitische Aspekte seien für uns von nachrangiger Bedeutung.

(Weitergehende Begründung erfolgt ggf. mündlich)

Änderungsantrag Kapitel 16 – Bildung

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Eine Schule für Alle

Position: Seite 30

Antrag:

Seite 30 – Zeile 15 -18 ersetzen durch:

„Wir fordern Eine Schule für alle!

Hierzu wollen wir das mehrgliedrige Schulsystem durch eine Gemeinschaftsschule überwinden, die bisherigen Schulformen sind abzuschaffen. Gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen, von der Kinderkrippe bis zur Klasse 10, in einer inkludierten Gemeinschaftsschule ist für uns eine Grundvoraussetzung für Chancengleichheit im Bildungssystem.“

Begründung:

erfolgt mündlich.

Änderungsantrag Kapitel 16 – Bildung

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Privatschulen

Position: Seite 30

Antrag:

Seite 30 – Zeile 11 „[...]in öffentliche Trägerschaft überführt werden.“ ersetzen durch:

„umgehend in öffentliche Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Die Gründung neuer Privatschulen lehnen wir entschieden ab.

Alternative Lernkonzepte müssen innerhalb der Gemeinschaftsschule möglich sein.“

Begründung:

Privatschulen fördern die Kluft zwischen Arm und Reich. Eltern, die es sich leisten können schicken Ihre Kinder auf teure Privatschulen um Ihnen eine scheinbar „bessere“ Bildung zukommen zu lassen.

Die daraus resultierende Elitebildung ist abzulehnen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Änderungsantrag Kapitel 16 – Bildung

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Einführung von Schulkiosken

Position: Seite 30

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Einfügen hinter Zeile 27:

„In alle Frankfurter Schulen sind Schulkioske zu integrieren, die zu Schülerpreisen ein ausgewogenes Angebot an Lebensmitteln anbieten. Die Kioske sind bestenfalls in Zusammenarbeit mit einzelnen Schulklassen zu betreiben.“

Begründung:

Der entsprechende Passus wurde beim kommunalpolitischen Forum zum Thema Bildung diskutiert und mehrheitlich für gut geheißen. Wir fordern daher, dass dieser Abschnitt wieder in das Programm aufgenommen wird.

(Weitergehende Begründung erfolgt ggf. mündlich)

Änderungsantrag Kapitel 16 – Bildung

Antragsteller: AK Kommunales der Linksjugend ['solid] Frankfurt

Antragsthema: Erwachsenenbildung / Berufsausbildung

Position: Seite 30

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen, dass folgende Passagen wieder in das Kommunalwahlprogramm aufgenommen werden:

Erwachsenenbildung

- ***Die staatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung bleiben erhalten und werden ausgebaut.***
- ***In allen Bibliotheken sind kostenlose internetfähige PCs einzurichten. Diese müssen mit der gängigen Software für Bild-, Ton- und Videobearbeitung ausgestattet sein und von Fachpersonal betreut werden.***
- ***DIE LINKE. setzt sich für den Ausbau des städtischen Eigenbetriebes Volkshochschule (VHS) ein. Die VHS darf nicht unter Kosten- oder Profitgesichtspunkten geführt werden. Im Gegenteil: nach unserer Auffassung müssen Fort- und Weiterbildungsangebote der Volkshochschule grundsätzlich gebührenfrei sein.***
- ***Die Arbeitsbedingungen der VHS-Kursleiter müssen dringend verbessert werden. Die VHS-Kursleiter, die bisher auf Honorarbasis arbeiten, werden, sofern sie es wünschen, in ein Tarifsysteem übernommen. Es darf in Frankfurt keine weiteren Bibliotheksschließungen geben. In den Schulbibliotheken muss geeignetes Fachpersonal eingesetzt werden.***

Berufsausbildung

- ***Tausende von Jugendlichen gehen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen immer noch leer aus. Wir brauchen endlich die Ausbildungsumlage. Solange diese nicht greift, müssen die Stadt und die städtischen Eigenbetriebe ihr Ausbildungsangebot sowohl quantitativ als auch qualitativ ausbauen und überbetriebliche Ausbildungszentren einrichten.***
- ***Die mit dem letzten Investitionsprogramm begonnene Verbesserung von Raumsituation und Ausstattung der Beruflichen Schulen muss fortgesetzt werden.***

Begründung:

Die aufgeführten Punkte wurden ersatzlos aus dem Programmentwurf gestrichen.

Wir möchten, dass beide Themenbereiche im Kommunalwahlprogramm berücksichtigt werden.

(Weitergehende Begründung erfolgt ggf. mündlich)